

In ungewöhnlich schroffer Form abgelehnt. Die französische Regierung holt für die Bezeichnung der Monate im Friedensvertrag die Klärung des Abkommens vom 20. Juni 1921, die nach ihrer Meinung auf die Aufforderung der Deutschen Verhandlungen über die Abschaffung der Unspurkraft auf 1. Mai 1921 zur Folge haben würde, dass Verbot an die französischen Flugzeugführer, deutsche Forderungen zu erfüllen, und das Verlangen der französischen Durchführung des Friedensvertrages in Aussicht. Dazu fügte, wie in der Note ausgeschrieben war, auch die Aufforderung des Reichsfliegergesetzes nebst, in dem die deutsche Regierung zugunsten der deutschen Schulden weit über die Berechnungen auf dem Friedensvertrag hinausgegangen sei.

Für den Fall der Abschaffung des genannten Gesetzes und der Abschaffung mit den deutschen Schulden zum vollen Tagestags erbleibt sich die französische Regierung, diesen derzeitigen Schulden, die sich dem Reichsausgabehaus gegenüber zur Zahlung des Tageskurses auferstanden erscheinen, entsprechendzunehmen, um durch Bekanntmachung ihrer Namen in den alliierten Ländern einen Druck auf sie auszuüben. Bezüglich der Ausstrahlung aus Artikel 207 wird darauf hingewiesen, Deutschland könne sich die erforderlichen Mittel dadurch verschaffen, dass es die Durchführung des Artikels 207, der der deutschen Regierung die Entschädigung ihrer Staatsangehörigen wegen der Liquidation des deutschen Eigentums auferlegt suspendiert oder verlangt. Schließlich verlangt die französische Regierung binnen einer Frist von 10 Tagen, die vom 26. Juli an läuft, eine Erklärung der deutschen Regierung, dass das deutsche Ausgleichsmittel künftig die Pauschalsumme von 2 Millionen Pfund Sterling zahlen wird und kündigt an, dass sie andernfalls gewisse, nicht näher bezeichnete Maßnahmen in Wirklichkeit treten lassen werde.

## Der Kampf um die Londoner Konferenz.

Die Gründe, die immer wieder zu neuen Verschiebungen der Londoner Konferenz führen, werden von Tag zu Tag unbeständiger. Von London aus wird die latente Minstreite amlich als Verteilung ins Feld geführt, aber es scheint nachzugehen, als ob dies nur ein Vorwand sei. Der wahre Grund scheint vielmehr die neuere Erklärung über das amerikanische Desinteresse an den europäischen Angelegenheiten zu sein und damit die Entscheidung über die bisher im Süden doch immer noch gehegte Hoffnung, dass Amerika sich zu einem Schuldennachlass oder einer Schuldenreduktion versteht. Noch mehr aber drücken die sachlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen London und Paris die Spannung tragen. Die englische Konsolidierung ist bekannt und wird neuordnungsunterstrichen durch die Forderungen, die der Wiederaufbau der englischen Kaufleute und Handelsverbund hat und die auf einen Zahlungsaufschub an Deutschland, Herabsetzung seiner Belegschaften, Unfälle und Aufwendung der englischen Einfuhrabgabe hinauslaufen; ebenso wie durch die noch viel weiter gehenden Forderungen des Londoner Friedenskongresses. Poincaré dagegen, der wie die Tage das Mausen nicht lassen kann, droht wieder mit einer Sanierung und verlangt neue Pfändungen und Sicherheiten im Hinblick auf Frankreichs völlig zerstörte Finanzlage. Ganz sich Frankreich endlich ein, dass schnelle Räumungen Opfer verlangen und das dem internationalen Finanzmarkt große Bugeistdurst gemacht werden müssen. Aber die Einsicht ist nur sehr bedingt und verlangt dafür wieder eine Extravest in Form eines Prioritätsrechts für die von Deutschland verursachten Schäden an Frankreich und Belgien. Dieses Programm nennt Poincaré und die ihm ergebene Presse verständlich und fest. Von der Zeitung Poincarés Lloyd George gegenüber haben wir leider Details genug gehört, von seiner Verständlichkeit um so weniger. jedenfalls zeigt diese neue Drohung Poincarés mit einer Sondertaktik, dass er sich nicht einmal scheut, damit einen Druck auf England auszuüben, und also die ganze Bluff, die zwischen London und Paris geht.

## Kleine politische Meldungen.

Zusammensetzung des Staatsgerichtshofes. Der neue Staatsgerichtshof, der noch garnicht fertig konstituiert ist, beschäftigt seine erste Sitzung bereits am 10. August in Leipzig abzuhalten. Die Mordabsche Rathenau wird aber noch länger auf gerichtliche Söhne warten müssen, da die umfangreiche Tätigkeit des Untersuchungsrichters noch nicht abgeschlossen ist. Die Zahl der neben den Ältern in Betracht kommenden Hölzer, Begünstiger und Witwiser wächst noch immer.

Der Schutz der Republik. An Karlsruhe nannte bei einer Diskussion über politische Angelegenheiten ein junger Student den ermordeten Minister Rathenau einen Gefangenklumpen, der vor und während des Krieges anders gedacht und geschrieben habe als nach dem Kriege. Ein der Gäste erhob sich, legitimierte sich als Kriminalbeamter und erklärte den Studenten auf Grund des Gesetzes zum Schutz der Republik für verhaftet. Der Verhaftete wurde sofort ins Gefängnis gebracht.

Gegen die Kapitalstadt. Wie der Waller Angelner aus Berlin meldet, sind dort die ersten Schritte Deutschlands zur Unterdrückung der deutschen Kapitalstadt erfolgt. Die deutsche Gesandtschaft im Bundeshaus informatorisch vorgedrohten, um die Stellungnahme der Schweiz gegenüber gesetzgeberischen Maßnahmen des Reichs zu erfahren, die auch die deutschen Kapitalstädte in der Schweiz berührten müssten.

Die Verfassungssitzungen am 11. August. Am 11. August, dem Tage, an dem vor drei Jahren die Verfassung der Deutschen Republik beschlossen worden ist, sollen im ganzen Reiche Verfassungssitzungen abgehalten werden. In Berlin wird u. a. eine Sitzung im Reichstag stattfinden. Der badische Staats-

präsident Dr. Quimby hat die Einladung des Reichstagsberichts, dabei die Gedächtnisse zu halten, angenommen.

Regierung des Luftverkehrs. Die deutsche Regierung hat an die Schweizerische, niederländische, dänische, norwegische und schwedische Regierung die amtliche Mitteilung gelangen lassen, dass auch die ausländischen Luftfahrtgesellschaften, die die deutsche Grenze überqueren, den Bestimmungen entsprechen müssen, die der deutschen Luftfahrt im Versailler Vertrag aufgelegt worden sind. Natürlich gilt das gleiche auch für etwaige französische Luftfahrtgesellschaften, die die deutsche Grenze überschreiten.

Die Bezeichnung der Deutschenbahn ist auf einem Juristentag in Halle neuordnungs zur Sprache gekommen, an dem Vertreter der militärischen und technischen Nachgruppen aller Universitäten teilgenommen haben. Der Juristentag forderte allgemeine Abhaltung der Unterhaltungsschultheit wie in Preußen statt Sachsen, ohne Vermutung, wie es in Preußen verlangt wird.

Karl Wommler †. Der Bankdirektor Karl Wommler ist am Freitag früh im Alter von 81 Jahren plötzlich gestorben. Mit ihm ist wieder ein Führer der früheren Deutschen Volkspartei und der Kreislinnen Vereinigung dahingegangen, der vor dem Ersten Weltkrieg als Mitglied des Reichstages und des Reichsgerichts besonders in finanz-politischen Fragen Ruhm herangestanden ist. Er war ein Sohn des Geschäftsmannes Theodor Wommler und hatte sich in letzter Zeit von politischer Tätigkeit noch außer ausgeschlossen.

Poincares Anteilplan. Der Tempy meldet über den französischen Reparationsplan, den der Ministerpräsident am 1. August in London Lord George vorlegen wird: Der wichtigste Punkt dieses Plans ist die Bereitstellung einer internationale Anteile von 1 Milliarde Dollar gegen Industrie- und Kaufmarktpfandungen Deutschlands, wovon ein Drittel Deutschland zur Verbesserung seiner Position und die beiden anderen Drittel Frankreich und Belgien für den Wiederaufbau überlassen werden. Ferner wolle sich Poincaré in der Frage des Kriegsschuldenablasses mit England verständigen.

Militär-Dubois aus der Reparations-Kommission? Ein unterrichteter französischer Kreisler rechnet mit einem baldigen Abgang des Vorsitzenden der Reparationskommission, Dubois. Dubois soll sich auf Annahme des Ministerpräsidenten Poincaré in der Frage des Deutschland angeschworenen Marterials festgestellt haben, doch es kann nicht mehr möglich sei, seine Sollung entsprechend dem Meinenbach in sich zu nehmen, der jetzt beim Ministerpräsidenten Poincaré sich vollzogen habe, zu finden.

Europa soll sich zuerst selbst helfen. Von amtlicher amerikanischer Stelle wird bekanntgegeben, dass Amerika bestrebt sei, sich von den europäischen Fragen fern zu halten, innerst, was sich auch erkennt möge. Erst wenn die europäischen Fragen nicht selten werden, werde die amerikanische Regierung ihre mögliche Haltung in Betracht ziehen und man dürfe davon überzeugt sein, dass die Verhältnisse großmächtig ausfallen würden. Zuerst aber müsse man sich selber helfen.

Loubet †. Der frühere Präsident der französischen Republik Emile Loubet ist gestorben. Er war ein gewissenhafter und tiefdrückender Mann, dem es im Gegensatz zu seinen unmittelbaren Vorgängern, von denen keiner eine so vornehme wie ebene Fähigkeit besaß, eine nicht anders gewollte einflussreiche Repräsentationsrolle spielt, doch wieder gelungen ist, einen nicht unerheblichen Einfluss auf den Gang der Staatsgeschäfte auszuüben. Nach Ablauf seiner Präsidentschaft am 18. Februar 1906 lehnte er eine Wiederwahl entschieden ab. In den letzten Streit zwischen dem französischen Staat und der römischen Kirche griff Loubet seinerzeit verständig ein. Loubet hat ein Alter von über hundert Jahren erreicht.

## Lohnhöhe und soziale Stellung.

W.W. In den letzten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts entstand der Satz, dass die Lohnhöhe für die soziale Stellung der Einzelnen ausschlaggebend sei. In Wirklichkeit ist dieser Satz nur ein Teil der materialistischen Weltanschauung. Es stellt sich dann in der Praxis heraus, dass der einzelne Mensch der Not und der Armut durchaus keinen, ohne auf seiner sozialen Stellung herauzfallen, selten aber konnte sich eine vornehme Familiengeneration auf einer höheren sozialen Stufe behaupten. Zu diesem Thema hat man in der Nachkriegszeit neue interessante Beobachtungen machen können. Bekanntlich verstinken nach teilweise Begriffen sehr wohlhabende Rentner immer tiefer in materielle Not. Der Beipunkt scheint nicht mehr fern, an dem überhaupt keine nennenswerte Zahl von Rentnern vom Ertrag ihres Vermögens leben kann, selbst nicht sogenannte Millionäre. Im Zwangsarbeitersektor ist für Rentner über 60 Jahren, die ein Einkommen von weniger als 80000 Mark im Jahre beziehen, das zwangsarbeitersektor Vermögen auf eine Million festgelegt. Schreitet die Leidenschaft auch nur anändernd im Tempo der letzten Wochen fort, so müssen breite Schichten privater Rentner in öffentliche Fürsorge genommen werden, wenn sie sich eindrücklich verderben sollen. In ihrer Lebenshaltung anstrengend behaupten können sich zur Zeit nur grobe mittlere Schichten der Arbeitnehmerchaft und bevorzugt katholische und gewerbliche Angestellte in leitenden Stellungen. Kleine Gruppen gelehrter und geistiger Arbeiter können ihre Einkünfte schon seit Jahren nicht mehr im gleichen Tempo steigern, wie die Entwicklung zunimmt. Hieraus ergeben sich für die Zukunft der deutschen Volkes sehr ernste Folgen.

Hoch qualifizierte Spezialarbeiter und die geistigen Arbeiter waren das wichtigste Reservoir, in dem heraustragende technische und kaufmännische Talente sowie zu gesprochener Erfahrung erzeugt werden. Dies beruhe darauf, dass der körperliche und geistige Qualitätsarbeiter ein Berufsteck ist. Er muss gesagt haben, dem er sehr nachstrebe, oder dem er wenigstens seine Kinder überbringen will. Die Schrumpfung ihrer materiellen Lage macht es diesen Kreisen jetzt unmöglich, ihren Kindern die geistige und körperliche Ausbildung zu geben, die Voraussetzung dafür ist, dass sie auf den Schultern ihrer Eltern stehend, mehr erreichen als sie. Man könnte nur wenig dagegen ein-

wenden, wenn eine große Umwidmung wie der Weltkrieg auch eine soziale Neugliederung zur Folge hat. Nur die Zukunft eines Volkes ist es nicht wichtig, und gar nicht einmal erstaunlich, dass Bildung, Dorfleben und Lärmentum das Vorrecht einer einzelnen Schicht sind. Wohl aber ist wichtig, dass Qualitätien sich einander und behaupten können. Ein heutiges Deutschland sind zahlreiche Gruppierungen zusammengebrängt, die vor dem Krieg in aller Weise wirtschaftlich führende — oder doch bevorzugte — Stellungen eingenommen haben. Nur die Vieles ist nicht mehr genug Raum vorhanden. Sie unterdrücken einander und zerstören damit ihre eigene Lebensfähigkeit. Es ist nicht die unverzügliche Aufgabe einer weitschauenden Wirtschaftspolitik der Körperlichen und geistigen Qualitätssarbeit den hohen Stand und die bevorzugte Entlohnung von früher wegzugeben. Schrumpft erst einmal die Schicht der Qualitätssarbeiter zusammen, so haben wir keine Zukunft, in den nächsten Jahren und Jahrzehnten jenseits unserer Grenzen wirtschaftlich wieder festen Fuß zu fassen. Man hat uns durch den Versailler Vertrag und seine Nachkrieger unter materielles Bestium um das Land genommen; durch die Entwicklung der Tanz, die wir leider allzu unbesorgt freien Lauf lassen, drohen uns unerlässliche geistige und moralische Beschränkungen zu gehen. Die Sozialpolitik von heute beschränkt sich darauf, großen Kategorien das Dasein erträglicher zu machen. Die Gehälter der öffentlichen Beamten und Arbeiter werden ungefähr entsprechend der Steigerung des Lebensaufwandes erhöht; die großen Arbeitnehmer-Kategorien erhalten jedoch auf Anregung und unter Vermittlung anderer Stellen die durch die Teuerung bedingten Zuflüsse; um die Privatrentner und Qualitätssarbeiter kümmert man sich Herzlich wenig.

## Von Stadt und Land.

Augs., 29. Juli 1922.

### Stadtverordnetenstiftung.

Ferienstimmung lagerte über der Stadtverordnetenstiftung, die für gestern nachmittag einberufen worden war. Eine Tagesordnung von sechs Punkten, nur ganz kurze Aussprüche — in einer Stunde war alles erledigt. zunächst lädt das Kollegium sich einverstanden damit, dass der Nettoeinnahmen der Giroklasse für 1921 in Höhe von 21.010,3 Mark dem Rücklagenfonds zugesetzt wird und gab sodann seine Zustimmung zur Erhöhung des Stollenwassers auf um 100 Prozent. Erforderlich ist diese Erhöhung, weil das Bergamt zu Freiberg von der Stadt eine um ebenfalls 100 Prozent höhere Entschädigung für Überlassung des Stollenwassers fordert, die von den Abnehmern im Umlageverfahren eingezahlt werden muss. Auch eine Erhöhung der Schornsteinsteuer ist erfordert, um 800 Prozent zum Grundlohn beizustimmen. Außerdem erhält das Kollegium und genehmigte die Ortsgesellschaften über die Zuflüsse der Jugendpflege sowie die neue Wohnungslagussteuer. Der

### Ortsausschuss für Jugendpflege

hat die Aufgabe, allen in der Stadt die Jugendpflege treibenden Vereinigungen, denen es um ernstgemachte erzieherische Beeinflussung ihrer Mitglieder auf Körperpflege, geistigen und seelischen Gebiete zu tun ist, ohne Rücksicht auf die Weltanschauung zu sammeln bei voller Wahrung ihrer Selbständigkeit. Der Ausschuss soll nach Möglichkeit die Jugendpflege treibenden Vereinigungen auch innerlich durch gemeinsame Arbeit zusammenführen. Dies soll erreicht werden durch gemeinsame Beratungen über die Art und Weise der Jugendveranstaltungen, durch Veranstaltung von gemeinsamen Jugend-Unterhaltungsabenden, Spielen, belehrenden und bildenden Vorträgen, Wandern usw. Politische, gewerkschaftliche und religiöse Auseinandersetzungen dürfen im Ausschuss nicht geplänet werden. Zu den Aufgaben des Ausschusses gehört ferner die Tätigkeit als Amt für Leibesübungen. Für diese Aufgaben wird ein Unterausschuss nach besonderen Bestimmungen gebildet. Eine weitere Aufgabe ist die Verteilung etwaiger Geldmittel an die im Ausschuss vertretenen Jugendpflege treibenden Vereinigungen.

Das neue Ortsgefecht über eine Wohnungslagussteuer ist nötig, weil das gegenwärtige mit dem September ablaufende nicht mehr den Richtlinien des Ministeriums entspricht. Die Änderungen in diesem Ortsgefecht sind nicht sehr umfangreich, hervorzuheben ist, dass Rücken nicht mehr als Wohnraum gelten und steuerfrei bleiben für eine erwachsene Person ohne eigenen Haushalt (Untermieter) 2 Wohnräume, für eine Einzelportion mit eigenem Haushalt 3 Wohnräume, für zwei Personen mit gemeinschaftlichem Haushalte 4 Wohnräume, im übrigen mindestens soviel Wohnräume, als die um eins vermehrte Zahl der zum Haushalt des Wohnungsinhabers gehörigen Personen beträgt. Geworben werden aus dem neuen Ortsgefecht, das sich auf nur 72 Wohnungen erstreckt, jährlich 26000 Mark. Schließlich stand noch der Entwurf der Stiftungsurkunde der Jubiläums-Eltern-Stiftung der Oberrealschule die Genehmigung des Kollegiums, von dem 22 Mitglieder zur Sitzung anwesend waren, ferner vier Ratmitglieder. Der öffentlichen Sitzung schloss sich eine nichtöffentliche an.

Willkommenstruck. Wieder wird in den nächsten Tagen unsere Stadt eine größere Anzahl von Gästen feiern, die hier Lunte halten, um gemeinsame Interessen miteinander auszutauschen. Es einschließlich 2. August hält der Sachsen-Verein des Bundes christlicher Polaurenchöre Deutschlands in Aue u. B. Vorprogramm ist ab, das heute mit dem Empfang der Gäste seinen Anfang nimmt. Allein über 300 Bilder aus allen Gauen Sachsen werden sich dazu einstellen, ungerechnet der vielen Freunde der Sachse aus Nah und Fern, die das Fest besuchen werden. Das reichhaltige Programm der Festtage ist unseren Freunden bekannt, sehr viel Wurst wird dabei der Öffentlichkeit geboten werden, gemäß den Riten des Verbundes, der mit der Musik die Seele, das Wahrme Empfinden, das Gefühl erfassen will. Auch die Einwohnerschaft unserer Stadt wird die Festtage mit warmer Anteilnahme verfolgen und sicher in großer Zahl an den Veranstaltungen teilnehmen, soweit sie sich in der Feierlichkeit abspielen. Wie wünschen dem Fest hier mit einem harmonischen Verlauf und wollen hoffen, dass auch die Witterung ihm recht günstig gesetzt sein möge und auf allen Feststädten an dieser Stelle zu: Willkommen in Aue! Will auf für ein gutes Wellingen des Festes!

Umfragebogen. Vom Umfragebogen am beim Rat der Stadt Aue wird uns folgendes mitgeteilt: Am Laufe dieser Woche werden die Aufrüttungen zur Voranmeldung der Umfragebogen den Stuverpflichtigen zugestellt. In dem ge-